

II-2481 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A N F R A G E

Nr. 1330 J

1991-06-20

der Abgeordneten Roppert, Dr. Nowotny
und Genossen
an den Bundesminister für Landesverteidigung
betreffend den Verdacht der Bespitzelung von Regierungsmitgliedern

Die Ausgabe der Tageszeitung "Der Standard" vom 20. Juni 1991 berichtet unter dem Titel "Busek erstattet Anzeige" u.a.: "Der VP-Obmann-Kandidat hatte am Dienstag vor den Nationalratsabgeordneten des Wirtschaftsbundes gesagt, er sei von einem Mitarbeiter des Heeresnachrichtenamtes anonym informiert worden, daß seine Telefonate abgehört würden. Busek selbst hat am Mittwoch die Staatsanwaltschaft informiert und Anzeige erstattet".

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Landesverteidigung folgende

A n f r a g e:

1. Wie bewerten Sie die im Zeitungsartikel zitierten Äußerungen von Bundesminister Busek?
2. Können Sie ausschließen, daß von Seiten des Bundesheeres "Bespitzelungsaktionen" - ganz gleich in welcher Form - ausgeübt werden?
3. Können Sie ausschließen, daß das Heeresnachrichtenamt die oben zitierte Abhöraktion durchgeführt hat, bzw. können Sie ausschließen, daß überhaupt Telefongespräche von Politikern durch das Bundesheer überwacht oder abgehört werden?
4. Haben Sie aufgrund des von Bundesminister Busek geäußerten Verdachtes bzw. der von ihm erstatteten Anzeige im BMLV, insbesondere im Bereich

- 2 -

den Heeresnachrichtenamtes, eine Untersuchung eingeleitet und welches Ergebnis liegt Ihnen vor?

5. Können Sie mit absoluter Sicherheit ausschließen, daß das Heeresnachrichtenamt die technischen Möglichkeiten zur Durchführung einer solchen Abhöraktion besitzt?

6. Wird es im Zuge der Heeresreorganisation und der Verringerung des Gesamtumfanges des Bundesheeres auch zu einer Personalreduzierung im Heeresnachrichtenamt, insbesondere bei den Außenstellen in den Bundesländern, kommen? Wenn ja, in welchem Umfang?